

Mit einem Schubkarren voller Geldscheine zum Bäcker...



...nur um ein Kilo Brot zu kaufen. Das war vor genau hundert Jahren keine Seltenheit.

Die Zeit der Hyperinflation von 1923 ließ große Teile der Bevölkerung verarmen.



Bisher gut situierte Bürger und Familien, Beamte, Handwerker, Arbeiter und Rentner verloren ihr Vermögen und auch ihren ganzen Besitz. Sie mussten Wertgegenstände gegen Lebensmittel tauschen und ihr ganzes Hab und Gut verkaufen um nicht hungern zu müssen. Und trotzdem wurde das Geld immer schneller weniger wert. Preise und Löhne explodierten regelrecht. Wer seinen Lohn, der mittlerweile tageweise und waschkörbevoll ausgezahlt wurde, nicht sofort wieder ausgab, konnte sich

davon Stunden später nichts mehr kaufen. So stark war der Wertverfall. Die Preise stiegen zum Schluss halbstündlich.

Zum Ende der Inflation im Dezember 1923 kostete 1 Ei stolze 320 Milliarden Reichsmark und 1 Liter Milch gar 360 Milliarden. Der Kurs für 1 Dollar wurde auf 4,2 Billionen Papiermark festgesetzt.

Das Geld war nicht mehr als Spielgeld. Und so wurde tatsächlich auch damit umgegangen.



Den rasanten Verfall ersieht man auch daran, dass Anfang Juni 1923 1 Ei „nur“ 800 Reichsmark kostete und 1 Liter Milch 1440 Reichsmark.

Das Porto für einen Inlandsbrief betrug Ende Oktober 1923 stattliche 10 Millionen Mark.



Noch im August 1923 gab das Reichsbankdirektorium eine Reichsbanknote mit einem aufgedruckten Wert von 100 Millionen Mark heraus. Dieser folgte bereits am 1. September eine Banknote mit einem aufgedruckten Wert von 500 Millionen Mark.



Zwei komplette Auflagen von 1000 Mark- und 5000 Mark-Banknoten konnten Anfang 1923 nicht mehr in Umlauf gebracht werden, sie mussten Ende 1923 mit „1 Milliarde“ und „500 Milliarden“-Aufdrucken verwendet werden.

Der höchste Geldwert waren im November 1923 5 Billionen Mark.



Der Geldbedarf war gigantisch.

Am Ende arbeiteten neben der Reichsbank 133 Privatdruckereien und 30 große Papierfabriken rund um die Uhr.



Die Gelddruckereien konnten den Bedarf an Papiergeld nicht mehr befriedigen. Zur Stabilisierung des Geldwertes und zum Ausgleich des Mangels an Geldscheinen kam es zur Ausgabe von sogenanntem Notgeld. Teils wurde dieses Notgeld von Kommunen, Städten oder Finanzinstituten herausgegeben, häufig aber auch von Betrieben und Unternehmen. Meist war das Notgeld in seiner Gültigkeit auch regional begrenzt. Zudem war das Notgeld in der Regel auch nicht wertgesichert.

Die Bayerische Tonwarenfabrik in Bogen, heute Wienerberger GmbH, Werk Bogen, ließ im August 1923 ein solches „Notgeld“ drucken.



Desgleichen gab die Stadt Straubing mit einer Zahlungsanweisung über 200.000 Mark und 500.000 Mark ein solches Notgeld heraus.



Es wurden aber nicht nur Notgeldscheine mit bestimmten Zahlenwerten gedruckt, es gab auch sogenannte Schuldscheine, mit denen man genau bezeichnete Waren bzw. eine genau definierte Menge an Lebensmitteln beziehen konnte.



Ein weiteres offizielles Zahlungsmittel waren „Darlehnskassenscheine“. Diese wurden von der „Reichsschuldenverwaltung“ ausgegeben und waren durch Beleihung von industriellen und landwirtschaftlichen Gütern juristisch gedeckt, jedoch wie alle anderen Zahlungsmittel nicht in Goldmark umtauschbar.



Insgesamt wurden durch das Deutsche Reich 10 Milliarden staatliche Inflationsscheine ausgegeben mit einem Nennwert von insgesamt 1,24 Trilliarden Mark. Das ist eine Zahl mit 22 Ziffern!

Ihren Anfang hatte die Geldentwertung bereits kurz nach Beginn des 1. Weltkrieges. Zur Finanzierung dieses Krieges hatte die Reichsregierung die gesetzliche Noteneinlösungspflicht der Reichsbank in Gold aufgehoben.

Außerdem wurden die staatlichen Möglichkeiten zur Schuldenaufnahme und der Vermehrung der Geldmenge bei den Scheidemünzen und Banknoten durch die Aufhebung des Goldankers (= gesetzliche Zweidritteldeckung der Reichsbanknoten durch Gold) ausgeweitet.

Zusätzlich zur Kriegsfinanzierung auf Pump wurden Kriegsanleihen ausgegeben, die von der Bevölkerung anfänglich begeistert gezeichnet wurden, später jedoch kaum noch Anleger fanden.



Auf eine Finanzierung des Krieges durch Steuern verzichtete das Deutsche Reich weitgehend, obwohl der Aufmarsch und die Versorgung der

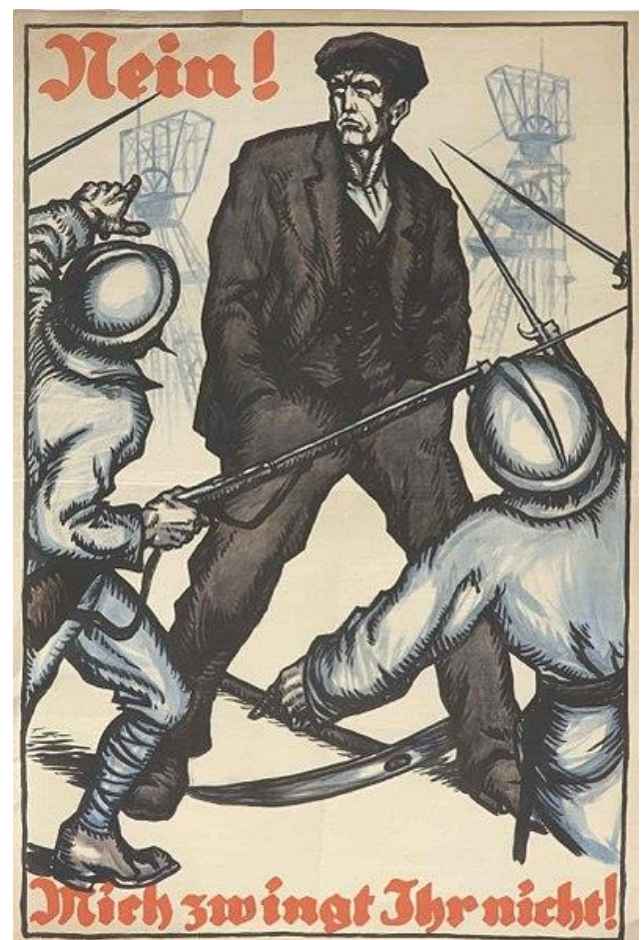
deutschen Streitkräfte, deren Stärke nach der Mobilmachung auf mehrere Millionen anwuchs, nie dagewesene Kosten mit sich brachte.



Das Deutsche Reich glaubte fest, diesen Krieg zu gewinnen und rechnete mit einer Refinanzierung der Kriegskosten durch die Verliererstaaten. Es kam jedoch bekannterweise anders und Deutschland als Kriegsverlierer wurden durch den Friedensvertrag von Versailles im Jahre 1919 zusätzliche hohe Reparationsleistungen aufgebürdet.

Weil die Reichsregierung nicht mehr in der Lage war, die Reparationen in voller Höhe zu bezahlen oder Ersatzleistungen in Form von Wirtschaftsgütern zu erbringen, kam es Mitte Januar 1923 zur Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen, um die dortige Kohle- und Koksproduktion als „produktives

Pfand“ zur Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen zu sichern. Die deutsche Regierung rief daraufhin zum „Ruhrkampf“, zum passiven Widerstand gegen die militärische Besetzung, auf. Den Streikenden wurden die Lohnfortzahlung durch das Deutsche Reich bzw. finanzielle Hilfen versprochen. Das Geld dafür musste die Regierung jedoch durch die Notenpresse erzeugen, wodurch die Geldvermehrung immer rascher wurde und die Inflation sich dramatisch beschleunigte.



Nach dem Abbruch des erfolglosen „Ruhrkampfes“ durch die deutsche

Regierung unter Reichskanzler Gustav Stresemann waren die Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Währung und einen Wiedereintritt der Siegermächte in Verhandlungen über die Verringerung der Reparationsleistungen. gegeben. Diese Verhandlungen führten im August 1924 in London zur Unterzeichnung eines Vertrages, der die Anpassung der jährlichen Reparationsleistungen an die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft der Weimarer Republik ermöglichte.

Währungstechnisch wurde die Inflation am 15. November 1923 mit Einführung der Rentenmark beendet.



Die Rentenmark wurde von der Rentenbank ausgegeben, einem privatwirtschaftlich organisierten Institut. Träger der Rentenbank waren Landwirtschaft, Industrie, Gewerbe und Handel, die 4 Prozent

ihres Besitzes als Grundschuld verpfändeten.



(Sturm auf die Banken bei Einführung der Rentenmark)

Der Wert einer Rentenmark wurde mit 1 Billion Papiermark festgelegt. Er war damit identisch mit dem Wert der Goldmark, also der Mark vor Aufhebung der Goldbindung im August 1914. Auf Rentenmark lautende Geldscheine wurden ab 15. November 1923 nach und nach in Umlauf gebracht.

Alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel blieb formal die Papiermark. Deren weitere Entwertung wurde dadurch gestoppt, dass die Reichsbank keine Anleihen des Staates mehr diskontierte, also die Staatsfinanzierung über die Notenpresse beendete.

Im Oktober 1924 durfte die Reichsbank die Reichsmark wieder einführen und durch die Anpassung des Kurses von 1 Billion Papiermark = 1 Rentenmark war der Staat quasi

seine Schulden los. Die gesamten Kriegsschulden von 154 Milliarden Mark schrumpften dadurch auf 15,4 Pfennige.

Die Bevölkerung war der große Verlierer dieser Inflation. Durch die Geldentwertung wurden die ökonomischen und sozialen Lasten des verlorenen Krieges von der Masse der abhängig Beschäftigten und den reinen Geldvermögensbesitzern getragen. Verlierer waren die Halter von Kriegsanleihen, die jetzt vollkommen wertlos waren. Als Bezieher fixer Einkommen waren nicht nur die Rentiers die Verlierer, sondern auch Beamte sowie alle "verspätet" angepassten Lohn- und Gehaltsempfänger, Bezieher von festen Mieteinnahmen und alle Halter von Sparguthaben. Banken verloren ihr Eigenkapital ebenso wie die Träger öffentlicher sowie privater Versicherungen, die ihren Kapitalstock in "Geld" angelegt hatten.



Erst 1928 erreichten die Reallöhne im Durchschnitt wieder das Niveau des Vorkriegsjahres 1913. Ein wesentlicher Teil der Mittelschichten fand sich in Not und Armut wieder. Ihre finanziellen Rücklagen schmolzen aufgrund der Inflation vollständig dahin.



(Menschenschlange vor einem Lebensmittelgeschäft)



Gewinner der Inflation waren dagegen Sachwertbesitzer, also beispielsweise Industrielle –vor allem Großindustrielle- und Grund- und Immobilienbesitzer, wie Landwirte. Auch alle die Schulden hatten, konnten sich ganz schnell dieser Last entledigen, da ihre Schulden fast vollständig weginflationiert worden waren.

Die Not der Menschen und das Verhalten der Siegermächte bildeten einen fruchtbaren Nährboden für reaktionäre, rechtsextreme und staatsfeindliche Bestrebungen. Der Nationalsozialist Adolf Hitler nutzte die Hyperinflation 1923 und die einhergehende Verunsicherung der Deutschen geschickt die Gelegenheit um die Menge aufzustacheln und Anhänger für seine Bewegung zu gewinnen. Am 9. November zettelte er dann im Münchner Bürgerbräukeller den sogenannten Bierhallen-Putsch (auch Hitler-putsch, Hitler-Ludendorff-Putsch) an.



In diesem Putschversuch wollten die NSDAP und andere rechtsradikale Kräfte die Macht im Staat an sich reißen.



Der Putsch konnte durch den Einsatz der Bayerischen Landespolizei rasch niedergeschlagen werden.

Allerdings gab es vier tote Polizisten, 13 tote Putschisten und einen toten Schaulustigen sowie mehrere Verletzte.

Der Putsch scheiterte, aber die Saat des Nationalsozialismus war gelegt und begann in den folgenden Jahren aufzugehen. Sie endete im nationalsozialistischen Verbrecherregime des „Dritten Reiches“ und in den Schrecken des 2. Weltkrieges.

Viele Menschen fürchten aktuell, dass sich das Horrorszenario der Hyperinflation in naher Zukunft wiederholen könnte. Alles wird derzeit erheblich teurer und Waren werden knapp oder sind gar nicht mehr verfügbar.



Preistreiber sind vor allem Erdgas, Heizöl, Kraftstoffe, mit einem Preisanstieg von 35,7 %!!, aber auch Lebensmittel.

In den vergangenen 20 Jahren waren die Lebensmittelpreise deutlich weniger angestiegen als andere Lebenshaltungskosten. Lag die Teuerung zwischen 2000 und 2019 durchschnittlich noch knapp unter 1,5 %, liegt der Preisanstieg von Juli 2021 zu Juli 2022 nun bei 14,8 %!



Erheblich teurer wurden Speisefette und Speiseöle +44,2 % (Butter allein ist 47,9 % teurer), Fleisch und Wurst +18,3 %, ebenso Molkereiprodukte und Eier mit +24,2 %, Brot und Getreide-erzeugnisse +15 % mehr als im Juli 2021.

Zu erwähnen sind auch die seit Jahren stark steigenden Kosten für Wohnung oder im Hausbau.

Die Inflationsrate betrug im August 2022 in Deutschland 7,9 %. Der harmonisierte Verbraucherpreisindex lag im gleichen Zeitpunkt bei 8,8 %. Das ist der höchste Wert seit der Wiedervereinigung im Jahr 1990. Selbst am Höhepunkt der Ölpreiskrise im Jahr 1973 mit den bekannten „autofreien Sonntagen“ hatte die Teuerung bei „nur“ 8,2 % gelegen.



Die Bundesbank geht davon aus, dass die Inflationsrate in Deutschland im Herbst „eine Größenordnung von zehn Prozent“ erreichen könnte, wie die Behörde am 22. August mitteilte.

Viele Faktoren verändern die Situation in der Landwirtschaft und der Lebensmittelwirtschaft. Die Kosten für Energie, Düngemittel und Futtermittel sind stark gestiegen, Arbeitskräftemangel und Mindestlohn verteuern die Personalkosten.



Das dramatische ist der rasante Anstieg in den letzten Monaten im Jahr 2022. Und ein baldiges Ende dieser Preisentwicklung ist nicht abzusehen.

Der andauernde Krieg in der Ukraine mit den Folgen der Sanktionen gegen Russland, den globalen Auswirkungen der Verknappung der Getreide- und Speiseöllieferungen, den ausbleibenden Erdgaslieferungen aus Russland, die Folgen der Coronaepidemie, insbesondere die restriktive chinesische Coronapolitik mit der Absperrung wichtiger Umschlagshäfen mit daraus folgender

Warenknappheit und Lieferengpässen tragen ihr Übriges dazu bei.

Viele Menschen machen sich Sorgen, dass ihre Kaufkraft schwindet und sie sich weniger leisten können. Viele befürchten sogar massive Einschränkungen ihrer Lebensqualität bis hin zum Verlust ihrer Lebensgrundlage und materiellen Existenz. Doch die damalige Situation und die heute vorliegenden Konstellationen unterscheiden sich in vielen Punkten. Deshalb lassen sich daraus auch nicht die gleichen Konsequenzen und Auswirkungen ableiten wie damals.

Allerdings müssen der Staat und die Europäische Zentralbank (EZB) unbedingt darauf achten, dass es zu keiner Stagflation kommt. Diese würde für einen Teufelskreis sorgen. Steigende Preise senken die Nachfrage, die Unternehmen produzieren weniger und müssen daher auch Arbeitsplätze streichen. Die Arbeitslosigkeit steigt an und darüber fällt wiederum die Nachfrage.

